

... ausser im Notfall

- 23.06.2024
- NZZ am Sonntag

Die Schweiz bekommt neue Kampffjets, oder? Ein Entscheid zeigt: Die USA haben das Recht, die Lieferung zu verzögern oder zu stoppen. Von Daniel Friedli Beschaffung mit unscharfer Klausel: Ein F-35-Kampffjet bei der Vorführung an der Berliner Luftund Raumfahrt Ausstellung. (5. Juni 2024) Der Tonfall war freudig: Für 300 Millionen Franken hat die Schweiz letzten Oktober Lenk Waffen für das Fliegerabwehrsystem Patriot bestellt, mit Lieferdatum bis 2030. Damit lassen sich vom Boden aus angreifende Kurzstreckenraketen abschiessen, und das Bundesamt für Rüstung Armasuisse lobte, dass dies die Luftverteidigung erweiteren «und die Durchhaltefähigkeit der Armee erhöht».

Diese Woche nun kam der Dämpfer: Die USA verschieben die Lieferung dieser PAC-3-Lenk Waffen um unbestimmte Zeit nach hinten. Angesichts des russischen Angriffskrieges wollen sie der Ukraine Priorität geben, wo die Abfangraketen laut Präsident Wolodimir Selenski helfen, Städte und Zivilisten zu schützen. Die US-Regierung habe darum die «schwierige, aber notwendige» Entscheidung getroffen, die Lieferungen «neu zu priorisieren», sagte John Kirby, der Sprecher des amerikanischen Sicherheitsrates, am Donnerstag. Die Schweiz muss also warten, genauso wie eine Reihe anderer Länder. Ob sich die Schweizer Behörden gegen den Entscheid gewehrt haben, ist unbekannt.

Ohnehin aber sitzen die USA diesbezüglich am längeren Hebel. Wer in den USA Rüstungsmaterial kauft, kann dies nicht direkt bei den Herstellerfirmen tun, er muss den Kaufvertrag mit der Regierung abschliessen. Und in diesen Verträgen pochen die Amerikaner auf eine Notfallklausel, die gemäss Mustervorlage so lautet: «Die US-Regierung behält sich das Recht vor, unter unüblichen und zwingenden Umständen, wenn es das nationale Interesse der USA erfordert, die Zusage jederzeit vor der Lieferung (...

) ganz oder teilweise zu annullieren oder auszusetzen.» Im Fall der Lenk Waffen ist es nun das erste Mal, dass die USA diese Klausel gegenüber der Schweiz anwenden. Doch es muss nicht das letzte Mal sein. Wie Armasuisse bestätigt, untersteht auch der Kauf der neuen F-35-Kampffjets einer solchen Klausel. In anderen Worten: Die Schweiz hat für ihre 36 Jets zwar einen gültigen Liefervertrag und ein klar definiertes Zeitfenster.

Aber im schlimmsten Fall können die USA diesen Fahrplan aushebeln und auch dieses Geschäft «neu priorisieren». Lläuft die Schweiz also Gefahr, dereinst auch bei den Jets das Nachsehen zu haben? Armasuisse äussert sich dazu knapp und ohne inhaltlich darauf einzugehen: «Die Frage ist von hypothetischer Natur», schreibt der Kommunikationschef Kaj-Gunnar Sievert. «Vorliegend geht es um die Lenk Waffen des Typs PAC-3 - nicht mehr und nicht weniger.» Fragen zur Verlässlichkeit Die Frage scheint aber durchaus berechtigt, denn der F-35 ist gefragt. Neben der Schweiz stehen 9 weitere Länder auf der Liste der Käufer, unter ihnen wichtige Nato-Partner der USA wie Deutschland, Polen oder Finnland.

In den kommenden Jahren muss der Hersteller Lockheed Martin über 600 Jets ausliefern, doch aufgrund technischer Probleme hat die Produktion bereits jetzt grosse Verspätung. Und je mehr Verzögerung das Projekt bekommt, desto grösser könnte der Druck werden, die Prioritätenliste wieder anzupassen. Etwas anders tönt es darum aus den Reihen der Sicherheitspolitiker, die selber den Kaufvertrag nie gesehen haben und teilweise zum ersten Mal von dieser Notfallklausel hören. SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf etwa sagt, der Kauf der F-35-Jets sei ohnehin ein Risikogeschäft, da der Hersteller Lockheed Martin mit Problemen und Rückschlägen kämpfe. «Die Notfallklausel erhöht dieses Risiko zusätzlich», sagt die Präsidentin der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates.

FDP-Nationalrätin Maja Riniker ist zwar überzeugt, dass die Jets pünktlich gebaut und flugbereit sein werden. Zum politischen Risiko aber meint auch sie, man könne nichts ausschliessen. Und

der SVP-Mann Thomas Hurter forderte seinerseits diese Woche im «Blick», man müsse die alten Tiger-Kampffjets so lange behalten, bis die neuen F-35 effektiv geliefert seien. «Der Entscheid der USA zeigt, wie schnell die Verlässlichkeit ändern kann.» Dass die Schweiz hier eine offene Flanke hat, ist auch dem Bundesrat bewusst.

Erst vor Monatsfrist schrieb er in einem Bericht, was im Fall von Krieg und Krisen geschehen kann: «Bei einem solchen Szenario müssten ausländische Rüstungsindustrien in erster Priorität die Bedürfnisse ihres Heimatstaates und seiner Partner erfüllen; den Bedürfnissen eines neutralen Staates wie der Schweiz würde aus nachvollziehbaren Gründen weniger Bedeutung zugemessen.» Gelernt hat die Schweiz dies schon früher. Vor dem Zweiten Weltkrieg suchte die ausgedünnte Schweizer Luftwaffe hektisch nach modernen Kampffjets. Sie klopfte bei etlichen Ländern an, mit wenig Erfolg: Die USA hatten nichts zu bieten, Grossbritannien stufte die Eidgenossen in der Prioritätenliste weit nach hinten. Nur in Deutschland konnte die Schweiz eine Hundertschaft Maschinen vom Typ Messerschmitt kaufen, allerdings zu zweitklassiger Qualität und nur so lange, bis es wegen Luftraumverletzungen zu ersten Kampfhandlungen mit der deutschen Luftwaffe kam.

Der Historiker Robert Vogler, der die Episode aufgearbeitet hat, bilanzierte lakonisch: «Die Schweiz kam zu spät.» Bund überprüft Rüstungspolitik Zu spät ist die Schweiz dieses Mal nicht, schliesslich ist der Kaufvertrag unterschrieben. Trotzdem stellt sich angesichts des politischen Risikos die Frage: Wie kann die Schweiz den Zugang zu benötigtem Rüstungsmaterial sichern, zumal sie als neutraler Staat keine Ausfuhr und Weitergabe von Waffen an kriegführende Länder erlaubt? Aus der Politik kommen dazu ganz unterschiedliche Anstösse: mehr Kooperation, Im schlimmsten Fall können die USA den Fahrplan aushebeln und auch dieses Geschäft «neu priorisieren». mehr Autarkie, mehr Exportmöglichkeiten für die eigene Rüstungsindustrie. Und die FDP-Politikerin Riniker wünscht sich, dass auch die Schweiz wie die USA gegenüber ausländischen Käufern selber als Vertragspartner auftritt.

«Das würde dem Bundesrat in den Verhandlungen mehr Möglichkeiten für Gegengeschäfte bieten.» Auch der Bundesrat ist daran, seine Grundsätze der Rüstungspolitik zu überdenken. Welche Rolle soll die helvetische Rüstungsindustrie noch spielen? Wie richtet man die internationale Kooperation aus, und aus welchen Quellen wird beschafft? Zumindest für den Rüstungschef Urs Loher ist klar, dass sich die Schweiz dabei noch stärker mit anderen europäischen Staaten absprechen und bei deren Bestellungen mitmachen sollte, so wie sie es gerade bei der europäischen «Sky Shield»-Initiative zur Fliegerabwehr plant. Und sie sollte schauen, dass sie bei wichtigen Gütern zumindest eine Kernkomponente selber produziert, so dass die anderen Länder von ihr abhängig sind und sie in den Verhandlungen ein Pfand in der Hand hat. Nur ist dies leichter gesagt als getan.

Bei den F/A-18-Jets konnte sich die Schweiz noch so in Stellung bringen, dass ein sicherheitsrelevantes Bauteil hierzulande produziert wurde und sie damit ein Pfand in der Hand hatte. Bei den neu bestellten F-35 ist dies bisher nicht gelungen. Umso mehr muss die Schweiz hoffen, dass 2027, wenn sie die ersten F-35 erhalten soll, nicht ein Verbündeter der USA die Jets dringender braucht..